

Ralph Giordano:

„Die Frage kam nach einer Lesung: Ob ich die Bilanz von über sechzig Jahren Geschichte der Bundesrepublik in die Nussschale eines Satzes fassen könnte? Meine Antwort: „Hitler, und was der Name symbolisiert, ist zwar militärisch geschlagen, aber geistig, oder besser ungeistig, ist er immer noch nicht besiegt.“

Um sogleich anzufügen: Was nicht bedeutet, dass dieser Ungeist die demokratische Republik, den demokratischen Verfassungsstaat aushebeln könnte.

Aber die Schmerzgrenze wird nicht erst da überschritten, wo diese Gefahr bestünde, sondern sie ist es schon weit früher. Nämlich da, wo der jüngste Verfassungsschutzbericht von über 20.000 rechtsextrem motivierten Anschlägen mit Tausenden von Gewalttaten berichtet, während sich gleichzeitig die zeitgenössische Variante des Nationalsozialismus (so nenne ich die NPD und ihr politisches Ambiente) auf Kommunal- und Landtagebene, siehe Mecklenburg und Sachsen, in das parlamentarische System integriert hat. Das sind alarmierende Zeichen, und ich hoffe, dass dieser Status quo nicht nur einen Mann mit meiner Biographie bestürzt und fragen lässt, wie es dazukam und was dagegen getan werden muss.“

Vorbemerkungen:

Die Behandlung der nationalsozialistischen „Machtübernahme“ und des nationalsozialistischen Herrschaftssystems darf nicht bei einer vordergründigen, ereignisgeschichtlichen Abhandlung stehen bleiben. Wenn der Geschichtsunterricht wirklich aufklären will, warum es in Deutschland zur „Machtübernahme“ durch die NSDAP und zum Aufbau einer Diktatur gekommen ist und wie das faschistische Herrschaftssystem in Deutschland „funktionierte“, dann müssen die besonderen, politischen, ökonomischen, sozialen und ideologischen Bedingungen in der Endphase der Weimarer Republik einbezogen werden.

Die Fragestellungen werden in fünf Arbeitsgruppen zu beantworten versucht:

- **Der politische Aspekt:** Außen- und Innenpolitik, Parteien, Parlament, Reichspräsident und Verfassungsfragen
- **Der ideologische Aspekt:** Der konservative, nationalstaatliche, antisozialistische Gedanke mit dem Ruf nach Führerpersönlichkeiten und die nationalsozialistische Ideologie.
- **Der ökonomische Aspekt:** Die Weltwirtschaftskrise ihre wirtschaftlichen und sozialen Folgen.
- **Der gesellschaftliche Aspekt:** Bürgertum, Arbeiterschaft, traditionelle Eliten, Unternehmertum, Jugend
- **Der Widerstand gegen das NS-Regime: Hätte Adolf Hitler und das NS-Regime verhindert werden können?**

Daten und Fakten

Mit dem Ende der Großen Koalition und dem Sturz von Kanzler Müller stand die Republik an einem entscheidenden Wende-Punkt (vgl. Karl Dietrich Bracher: *Kampf zwischen Kapital und Arbeit, zwischen monopolistischer Wirtschaft und interventionistischem Staat, zwischen parlamentarischer Demokratie und autoritärständischen Diktaturerwartungen*).

Das Versagen der Parteien und des Parlaments war so offenkundig, dass der Weg frei schien für außerparlamentarische Lösungen. Und große Teile des Bürgertums erwarten jetzt vom Reichspräsidenten Hindenburg, dass er eine politische Entwicklung unterstützt, die Parteientaktik „Parteiengzänk“ und Streit zwischen Interessengruppen, beenden würde. Man sehnte sich nach einer starken d. h. nicht von Parlamentsmehrheiten abhängigen Regierung, nach einem starken Staat, der geführt würde von den traditionellen konservativen Eliten und der gefestigt würde durch autoritäre Strukturen.

So schrieb sogar der republikanisch gesinnte liberale E. Müller - Meiningen: „Staat nennt sich heute etwas, was sich als Volksstaat ausgibt, was aber nichts anderes ist als die jeweiligen an der Macht sitzenden Parteien und ihre Führer.“

Überblick - Zeitleiste

14. September 1930: Die NSDAP steigert sich von 2,6 auf 18,3 Prozent und wird zweitstärkste Partei in der Reichstagswahl 1930; Stimmengewinne gibt es auch für die KPD (13,1 %); Aufgrund der globalen Weltwirtschaftskrise ziehen ausländische Kapitalanleger aus den USA verstärkt Kapital ab, was die Deutsche Wirtschaftskrise weiter verschärft; die SPD (24,5 %) entscheidet sich, die Tolerierung der Regierung Brüning fortzusetzen.

25. Februar 1932: Politisch lancierte Einbürgerung Hitlers durch Ernennung zum Regierungsrat des Freistaates Braunschweig durch dessen NSDAP-Innenminister Dietrich Klagges.

29. Juli 1932: Aufruf von 52 Professoren im Völkischen Beobachter zugunsten der NSDAP.

31. Juli 1932: Die Reichstagswahl bringt weitere Zugewinne für die radikalen Parteien (KPD und NSDAP). Mit 37,4 Prozent wird die NSDAP stärkste Kraft im Parteienspektrum.

12. September 1932: Parlamentarisches Misstrauensvotum gegen die Regierung Papen und (bereits vorbereitete) erneute Auflösung des Reichstags durch Hindenburg;

Reichstagswahl am **6. November 1932** (die zweite des Jahres): Die NSDAP fällt auf 33,1 Prozent zurück, bleibt aber deutlich stärkste Partei; SPD und Zentrum schlagen ein Koalitionsangebot Papens aus und Pläne seiner Regierung zu einem Putsch und Bekämpfung von NSDAP und KPD mittels der Reichswehr scheitern. Papen tritt zurück.

19. November 1932: Eingabe einiger Industrieller, Bankiers und Landwirte an Hindenburg mit der Aufforderung, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen

1933: Adolf Hitler wird zum Reichskanzler ernannt. Im Kabinett Hitler sitzen mit Innenminister Wilhelm Frick und Hermann Göring als Minister ohne Geschäftsbereich vorerst nur zwei weitere Nationalsozialisten, der Arbeitsminister Franz Seldte trat erst im April 1933 der NSDAP bei.

1. Februar 1933: Auflösung des Reichstages durch Reichspräsident von Hindenburg

3. Februar 1933: Hitler verkündet vor Generälen der Reichswehr die „Eroberung neuen Lebensraumes im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung“, die Wiedereinführung der Wehrpflicht und die Aufrüstung der Wehrmacht als Ziel seiner Politik (Liebmann-Aufzeichnung).

Die allgemeine Meinung war, dass das parlamentarische System abgewirtschaftet hätte. Weite Teile der öffentlichen Meinung - auch im Lager der Republikaner forderten Autorität, Führerschaft, klare Verhältnisse und entschiedenes Durchgreifen. Kaum noch jemand trat öffentlich für liberal-demokratische Formen, für parlamentarische Entscheidung und für den Parteienstaat ein.

Vor allem ein gewichtiger Teil der gebildeten Bürger und der Intelligenz sahen nur noch in einer Rückkehr zu traditionellen preußisch – nationalen Werten eine Lösung der allgemeinen Krise:

Im Reichstag waren seit 1930 keine parlamentarischen Mehrheiten für eine Regierungsbildung zu finden. Die Sozialdemokraten traten zwar offen für die Republik ein, waren aber prinzipiell nicht bereit, die Finanzkrise des Staates – verschärft durch die zunehmende Zahl von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern durch einen Abbau bei den Sozialleistungen zu lösen.

Insofern entzogen sie sich dem parlamentarischen Kompromiss und damit nach 1930 auch der Regierungsverantwortung.

Die bürgerlichen Parteien waren in der Frage, wie die Finanzkrise behoben werden könne, gespalten. DNVP, DVP und z.T. auch die Wirtschaftspartei nahmen sie zum Anlass, um als „Nationale Opposition“ das demokratische System der Weimarer Republik abzuqualifizieren und forderten eine Rückkehr zu Bismarck und zum kaiserlichen Obrigkeitsstaat.

Die DD, das Zentrum und die BVP hielten zwar noch zur Republik, waren aber von 1930 an nicht mehr gewillt, eine parlamentarische Öffnung nach links vorzunehmen. Damit gab es keine Chance mehr für eine Regierung, die sich auf eine parlamentarische Mehrheit stützen konnte.

Im Parlament scheiterte der Versuch, eine koalitionsfähige Mehrheit für eine neue Regierungsbildung zu finden. Im Gegenteil: Die DNVP agitiert unter Hugenberg's Führung gegen das „demokratische System“ und gewährt der NSDAP Schützenhilfe, sodass diese aus ihrem politischen Abseits ins öffentliche Rampenlicht rücken kann.

Reichspräsident Hindenburg wollte von 1930 an den Kurs nach „rechts“ gedreht wissen. Die neue Regierung sollte als Präsidialkabinett ohne Bindung an das Parlament und antisozialistisch. d. h. gegen die Sozialdemokratie regieren. Auch sein langfristiges Ziel war die Einrichtung eines autoritären Systems anstelle der parlamentarischen Parteiendemokratie.

Brünings Nachfolger als Reichskanzler, Franz von Papen, war auf der politischen Bühne bisher kaum aufgefallen, sondern eher als Diplomat und Herrenreiter. Er hatte jedoch in den Augen des Reichspräsidenten Hindenburg, der ihn berief; einen entscheidenden Vorteil.

4. Februar 1933: Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des Deutschen Volkes mit Eingriffen in die Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit.

4. Februar 1933: Göring ordnet als kommissarischer preußischer Innenminister die zwangsweise Auflösung sämtlicher Gemeindevertretungen Preußens zum 8. Februar und Neuwahlen für den 12. März an. (Gleichzeitig wurden Gemeindeorgane wie Räte und Bürgermeister reichsweit unter Gewaltandrohung aufgelöst bzw. Personen rechtswidrig inhaftiert.)

20. Februar 1933: Beim Geheimgespräch vom 20. Februar 1933 Hitlers mit 25 Industriellen stellen diese der NSDAP einen Wahlfonds von drei Millionen Reichsmark zur Verfügung.

22. Februar 1933: 50.000 SS-/SA-Mitglieder werden zu bewaffneten „Hilfspolizisten“ ernannt.

27. Februar 1933: Brand des Reichstagsgebäudes, der Niederländer und ehemalige Kommunist Marinus van der Lubbe wird der Brandstiftung beschuldigt. Die Frage der Täterschaft ist jedoch bis heute nicht eindeutig geklärt. Die Tat wird von SA und SS als Vorwand genommen, um Deutschland mit einer Terrorwelle zu überziehen; politische Gegner werden inhaftiert, gefoltert oder liquidiert.

28. Februar 1933: Infolge des Reichstagsbrands wird die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat, die so genannte Reichstagsbrandverordnung, erlassen, die die wesentlichen Grundrechte außer Kraft setzt und eine scheinlegale Basis für die Verfolgung von politischen Gegnern schafft.

28. Februar 1933: Verordnung des Reichspräsidenten gegen Verrat am Deutschen Volke und hochverräterische Umtriebe

5. März 1933: Neuwahlen: Die Nationalsozialisten erringen zusammen mit den Konservativen (DNVP) eine knappe Mehrheit. Die anderen Parteien wurden durch die NSDAP, welche die erwünschte absolute Mehrheit um 6,1 Prozentpunkte verfehlt, massiv behindert.

8. März 1933: Die von der KPD gewonnenen Reichstagsmandate werden dieser aberkannt; diese Parlamentssitze gelten als erloschen. (Auf diese Weise wird zugleich die für das „Ermächtigungsgesetz“ erforderliche Zweidrittelmehrheit gesichert.)

Er war stramm konservativ, antiparlamentarisch und genoss die Unterstützung durch die Interessenverbände von Industrie und Landwirtschaft. Seine am 1. Juni 1932 gebildete Regierung der >nationalen Konzentration<. weithin >Kabinett der Barone< genannt, weil die meisten Minister der alten konservativ-aristokratischen Führungsschicht entstammten, konnte sich im Parlament nur auf die ultrakonservative DNVP stützen.

Das Zentrum, dem Papen selbst noch angehörte - bis er durch Parteiaustritt dem Ausschluss zuvorkam - verübelte ihm den Sturz Brüning und ging in die Opposition.

Papen regierte deshalb mit Notverordnungen des Reichspräsidenten. Er setzte Fürsorge- und Sozialleistungen herab, erhob neue Steuern, setzte tarifliche Abmachungen außer Kraft und gewährte zugleich den Unternehmern erhebliche Steuererleichterungen. Die Weimarer Republik wollte er mit den Mitteln des Staatstrechs in einen autoritären Ständestaat verwandeln.

Die Ergebnisse der Revolution von 1918/19 sollten im Sinne einer vollständigen Restauration wieder rückgängig gemacht werden. Die Regierung Papen hatte jedoch eine zu geringe Basis, um diese Ziele verwirklichen zu können. Die beiden Reichstagswahlen von 1932 zeigten, wie hoffnungslos isoliert Papen und die ihn tragende DNVP dastanden. Papen musste deshalb um starke Bündnispartner bemüht sein.

Mit zahlreichen Zugeständnissen, wie der Aufhebung des SA-Verbots, der Ausschreibung von Reichstagswahlen zum 31. Juli 1932 und der gewaltsamen Gleichschaltung der sozialdemokratisch geführten Minderheitsregierung in Preußen, versuchte Papen von Anfang an, eine Tolerierung durch die NSDAP zu erreichen.

Nach dem überwältigenden Wahlerfolg vom Juli 1932 meldete Hitler jedoch nun selbst den Anspruch auf die Kanzlerschaft an. Der Feldmarschall Hindenburg verweigerte dies aber dem „böhmischen Gefreiten“ und hielt an dem Kanzler Papen fest. Hitler steuerte nun die NSDAP auf den Kurs einer erbitterten Gegnerschaft zum Regime Papen, in dem er nun auch den „Hort der Reaktion“ sah. Zugleich versuchte er, sich eine andere Option offenzuhalten - die Koalition mit dem Zentrum.

Im Zentrum gab man sich der Illusion hin, Hitler auf diese Weise einzubinden und zu „zähmen“.

Diese Variante scheiterte jedoch, da Hitler sich weigerte, dem Zentrum rechtsstaatliche Zusicherungen, zu geben, und Hindenburg auch diesem Vorgehen Hitlers nicht stattzugeben gewillt war.

11. März 1933: Beschluss über die Errichtung eines „Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda“, das zum 1. April 1933 seine Tätigkeit aufnimmt; Minister wird Joseph Goebbels.

20. März 1933: Errichtung des KZ Dachau in der Nähe von München. Genutzt zur Inhaftierung politisch missliebiger Personen, besonders der politisch linken Parteien.

21. März 1933: Der „Tag von Potsdam“. Die konstituierende Sitzung des Reichstags (ohne Sozialdemokraten und Kommunisten) in der Potsdamer Garnisonkirche wird von Goebbels inszeniert, um die Harmonie zwischen dem alten Deutschland (repräsentiert von Paul von Hindenburg) und der „jungen Kraft“ (Hitlers NS-Bewegung) darzustellen.

21. März 1933: Verordnung des Reichspräsidenten zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung („Heimtückegesetz“).

23. März 1933: Der Reichstag, nunmehr in der Krolloper tagend, stimmt im Beisein von bewaffneten SA- und SS-Einheiten über das Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich („Ermächtigungsgesetz“) ab, das die legislative Gewalt in die Hände der Reichsregierung legen soll. Die Reichstagsabgeordneten der KPD können an der Abstimmung nicht mehr teilnehmen, da sie zuvor verfassungswidrig festgenommen wurden, beziehungsweise aufgrund Todesdrohungen untertauchen mussten. Trotz dieser Umstände stimmen die anwesenden Abgeordneten der SPD, auch hier fehlen einige wegen Festnahme oder Flucht, gegen das Gesetz, während die Abgeordneten aller anderen Parteien dafür stimmen.

24. März 1933: Veröffentlichung des auf vier Jahre befristeten Ermächtigungsgesetzes im Reichsgesetzblatt mit den Unterschriften des Reichskanzlers Hitler und des Reichspräsidenten Hindenburg.

31. März 1933: Das erste „Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ löst die Landesparlamente auf und bestimmt deren Neubesetzung nach den Ergebnissen der Reichstagswahl vom 5. März. Die Landesregierungen werden zur Gesetzgebung ohne Zustimmung der Parlamente ermächtigt. Im zweiten Gesetz vom

7. April werden in den Ländern Reichsstatthalter eingesetzt, die für die Durchführung der „vom Reichskanzler aufgestellten Richtlinien der Politik“ sorgen sollen.

März/April 1933: In zahlreichen unkontrollierten Verhaftungsaktionen durch SA und SS werden die Festgenommenen in „SA-Keller“ oder „wilde“ Lager verschleppt.

Die Erbitterung über den Versailler „Diktatfrieden“, die Verachtung von Demokratie und Pluralismus und ein scharfer Antibolschewismus bildeten den gemeinsamen Nenner der Koalition. Die Erwartungen, die sich daran knüpften, waren unterschiedlich: Die alten Eliten, Adel und Großagrariere hofften auf eine Konservierung ihrer gesellschaftlichen Vorrangstellung; die Schwerindustrie erwartete eine unternehmerfreundliche Neuorganisation und Ankurbelung der Wirtschaft durch Staatsaufträge, insbesondere aus der von Hitler propagierten Wiederaufrüstung;

Hitler benutzte das konservative Bündnis als Ausweis für die politische Vertrauenswürdigkeit der NSDAP und um im Bürgertum die letzten Vorbehalte gegen die „braune Bewegung“ auszuräumen. Für ihn sollte die Koalition nur ein Zwischenspiel sein. Schon zwei Tage später, am 1. Februar, hatte er Hindenburg überredet, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben, um in einem mit allen Mitteln geführten Wahlkampf die absolute Mehrheit hinter sich zu bringen.

Die Linksoption wurde dabei von Anfang an behindert. Aufgrund einer Notverordnung vom 4. Februar konnten Demonstrationen verboten und unerwünschte Zeitungen beschlagnahmt werden. Als am 27. Februar überraschend der Reichstag in Flammen aufging, machten die Nationalsozialisten sofort bolschewistische Verschwörer dafür verantwortlich, und noch in dieser Nacht rollte die erste Verhaftungswelle über KPD- und SPD-Funktionäre, die in eilig eingerichteten „Schutzhaftlagern“ den Schikanen nationalsozialistischer Schlägerkommandos ausgeliefert wurden.

Die Notverordnung „zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar, mit der zahlreiche Grundrechte außer Kraft gesetzt und umstandslos Haussuchungen und Verhaftungen möglich wurden, sollte den Terror gegen den politischen Gegner „legalisieren“. Diese Verordnung wurde niemals wieder aufgehoben; sie war das Signal, dass aus der Machtübergabe an den Reichskanzler Hitler die Machtergreifung des „Führers“ wurde.

Dabei gab sich Hitler zunächst seriös. Da die NSDAP trotz des aufwendigen Wahlkampfes und der Behinderung der Opposition mit 43,9 % die absolute Mehrheit nicht schaffte, wurde die Koalition mit der DNVP (8%) erneuert. Die feierliche Eröffnung des Reichstages in der Potsdamer Garnisonkirche am 21. März war mit ihrem christlich – nationalen Zeremoniell ganz auf den Effekt beim konservativen Bürgertum abgestellt. Der Händedruck des neuen Reichskanzlers mit dem kaiserlichen Generalfeldmarschall Hindenburg sollte die nahtlose Anknüpfung an eine glorifizierte Vergangenheit symbolisieren: Hitler als Erbe Bismarcks. Dieses Propagandabild wurde zu einer zählebigen Illusion des national gesinnten Bürgertums.

1. April 1933: Angeblich „spontane“ Boykottmaßnahmen gegen jüdische Geschäfte in ganz Deutschland, die aber nicht den von den Nationalsozialisten erwünschten Anklang bei der Bevölkerung finden.

2. Mai 1933: Schlag gegen die Gewerkschaften: Gewerkschaftshäuser werden von der SA besetzt; das Vermögen der Gewerkschaften wird beschlagnahmt, führende Funktionäre werden in „Schutzhaft“ genommen.

10. Mai 1933: Bücherverbrennungen: In vielen Städten, unter anderem Berlin, Bremen, Dresden, Frankfurt, Hannover, München und Nürnberg, werden in einer organisierten Aktion Werke sozialistischer, pazifistischer, jüdischer und liberaler Autoren ins Feuer geworfen. Dies betrifft zum Beispiel Bertolt Brecht, Alfred Döblin, Lion Feuchtwanger, Sigmund Freud, Erich Kästner, Heinrich Mann, Karl Marx, Carl von Ossietzky, Erich Maria Remarque, Kurt Tucholsky, Franz Werfel, Arnold und Stefan Zweig.

22. Juni 1933: Verbot der SPD wegen angeblichen Landes- und Hochverrats.

27. Juni 1933: Rücktritt Hugenburgs und Selbstauflösung der DNVP auf Druck Hitlers.

5. Juli 1933: Selbstauflösung der Zentrumspartei.

14. Juli 1933: Alle Parteien außer der NSDAP sind verboten oder haben sich selbst aufgelöst. Das Gesetz gegen die Neubildung von Parteien begründet den Einparteienstaat: Neugründung und Fortbestand (anderer) politischer Parteien wird unter Strafe gestellt. Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses wird beschlossen und das Reichskonkordat passiert Hitlers Kabinett.

20. Juli 1933: Abschluss des Reichskonkordats zwischen dem Deutschen Reich und dem Vatikan.

12. November 1933: Erneute Reichstagswahl, eine Scheinwahl mit NSDAP-Einheitsliste, gekoppelt mit einer Volksabstimmung über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund.

15. Dezember 1933: das Preußische Gemeindeverfassungsgesetz vereinheitlichte zum 1. Januar 1934 alle bis dahin in Preußen geltenden Kommunalverfassungen; Bürgermeister als Gemeindeleiter wurden ohne Wahl auf 12 Jahre berufen und konnten in der Gemeinde alle Entscheidungen ohne Gemeinderat treffen („Führerprinzip“).

Der Mitte der 1920er Jahre in der NSDAP entwickelte Führerkult wurde zum Organisationsprinzip eines ganzen Landes. In Städten und Dörfern wurden Straßen und Plätze nach ihm benannt, vielerorts erhielt er die Ehrenbürgerschaft. Das propagierte "Dritte Reich" wollte Tradition und Machtanspruch des untergegangenen Kaiserreichs fortsetzen und die als Demütigungen empfundenen Bestimmungen des Versailler Vertrages von 1919 revidieren.

Unterdessen ging die Machtergreifung Schlag um Schlag weiter. Mit dem Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 begann die endgültige Beseitigung des demokratischen Systems. Die Volksvertretung wurde ausgeschaltet, Hitler konnte seine Gesetze künftig eigenmächtig erlassen.

Nur die SPD protestierte gegen das Gesetz; die KPD war seit dem Reichstagsbrand unterdrückt, und die bürgerlichen Parteien stimmten teils resigniert, teils in der trügerischen Hoffnung, sich damit vor weiteren Zugriffen zu schützen, ihrer eigenen Entmachtung zu. Umsonst: In den folgenden Monaten wurden sämtliche Parteien verboten oder zur Auflösung gezwungen, bis am 14. Juli die NSDAP zur einzigen Partei erklärt wurde. (Mit 444 zu 94 Stimmen nahm der Reichstag inmitten drohender SA-Verbände das "Ermächtigungsgesetz" an, mit dem die Regierung Gesetze ohne Reichstag und Reichsrat verabschieden konnte. Alle anwesenden SPD-Abgeordneten hatten die Selbstentmachtung des Parlaments abgelehnt, die Abgeordneten der KPD waren verhaftet oder bereits im Untergrund.)

Daneben zog eine umfassende „Gleichschaltung“ durch besondere Gesetze jeden Bereich in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft unter den direkten Befehl des NS-Staates.

Dies war die eine Seite der nationalsozialistischen Machtergreifung. Der Durchschnittsbürger aber, der nicht aktiver Gewerkschafter, SPD- oder KPD-Mitglied, kein gesellschaftskritischer Intellektueller oder Künstler, sondern politischer Mitläufer „Arier“ und „erbggesund“ war, sah in erster Linie die andere Seite: dass wieder Ordnung im Land herrschte, dass der handlungsunfähige Parlamentarismus der Weimarer Ära endlich durch eine energisch durchgreifende Regierung abgelöst war, dass die Arbeitslosigkeit bereits im ersten Halbjahr von 6,0 auf 4,4 Millionen zurückging und danach dank Hitlers Arbeitsbeschaffungs- und Rüstungsprogramm rasch weiter sank.

Die Demokratie war immer unpopulär gewesen, und was die Kampfansage des NS-Staates an politische Linke und Juden betraf, so teilte der Durchschnittsbürger durchaus diese Ressentiments.

Es fiel daher nicht schwer, wegzusehen und wegzuhören.

20. Januar 1934: „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ setzt das Führerprinzip in der Wirtschaft ein.

30. Januar 1934: Mit dem „Gesetz über den Neuaufbau des Reiches“ wird die föderale Struktur der Weimarer Republik aufgehoben. Die Hoheitsrechte der Länder gehen auf das Reich über. Die Regierung erhält das Recht, neues Verfassungsrecht zu setzen.

30. Juni 1934: Der angebliche „Röhm-Putsch“ dient als Vorwand für parteiinterne Säuberungen und eine weitere Machtkonzentration in der NSDAP unter Adolf Hitler. Die Führung der SA wird zerschlagen und Röhm ermordet.

2. August 1934: Reichspräsident von Hindenburg stirbt auf Gut Neudeck. Hitler gibt sich den Titel „Führer und Reichskanzler“.

19. August 1934: Volksabstimmung zur Zusammenlegung der Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers in der Person Adolf Hitlers. Am gleichen Tag wird die Reichswehr auf ihn vereidigt. Damit sind alle wichtigen Ämter auf ihn vereinigt: es gibt keinerlei Kontrollinstanzen mehr.

1. April 1935: Die reichseinheitliche Deutsche Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 tritt in Kraft: Sie schafft das bisherige föderalistisch strukturierte und oft nur noch auf dem Papier stehende Gemeindeverfassungsrecht der deutschen Länder ab.

Auf die Ausgangsfrage „Wie war Hitler möglich?“ können weitere Fragestellungen das Arbeitsfeld strukturieren helfen.

Wie konnte in einer so kurzen Zeit ein etabliertes und differenziertes System von politischen Parteien und gesellschaftlichen Verbänden, von Parlamenten und Verwaltungen zusammenbrechen oder sich selbst aufgeben?

Wie war es möglich, dass die überwiegende Mehrheit der Deutschen sich mit diesem Unrechtsregime arrangiert hat?

Wie konnten sich in einer solchen Gesellschaft mit ihrer rechtsstaatlichen Tradition und ihrer technisch-wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit derartige kriminelle Verfolgungs- und Vernichtungsenergien entfalten?

Wie ist der rasante und scheinbar unaufhaltsame Aufstieg Adolf Hitlers zu erklären, der bis zu seinem 30. Lebensjahr ein eher unbekannter Politiker war und der in den verbleibenden Lebensjahren die Geschichte zutiefst geprägt hat?

Doch der ideologische und politische Druck verschärfte sich kontinuierlich, bald gehörten auch glaubenstreue Christen zu den Staatsfeinden. Einer von ihnen, Martin Niemöller, erkannte im Rückblick das Verhängnis, zulange geschwiegen zu haben:

**„Als die Nazis die Kommunisten holten,
habe ich geschwiegen.
Ich war ja kein Kommunist.
Als sie die Sozialdemokraten einsperrten,
habe ich geschwiegen.
Ich war ja kein Sozialdemokrat.
Als sie die Katholiken holten,
habe ich nicht protestiert,
ich war ja kein Katholik.
Als sie mich holten
gab es keinen mehr,
der protestieren konnte.“**

Für die Attraktivität der Hitlerjugend und des Deutschen Jungvolkes für viele Jugendliche gibt es nachvollziehbare Begründungen. Arno Klönne hat überzeugend nachgewiesen, wie die HJ schon vor 1933 und dann auch in den ersten Monaten nach der Machtübernahme bestrebt war, möglichst viele Traditionen der vorhandenen Jugendbewegungen aufzunehmen, um sie danach allmählich im nationalsozialistischen Sinne umzuformen.

So bot die HJ den Rahmen für vielfältige positive Alltagserfahrungen von Gruppenkameradschaft und Freizeitleben. Im Juni 1933 löste Reichsjugendführer Baldur von Schirach im Zuge des Gleichschaltungsprozesses den Reichsausschuss der Deutschen Jugendverbände und den Großdeutschen Bund auf. Bis auf die katholischen Jugendbünde waren damit alle konkurrierenden jugenderzieherischen Institutionen und Organisationen ausgeschaltet. Die evangelische Jugend gliederte Reichsbischof Müller Ende 1933 in die HJ ein. Ihren politischen Totalitätsanspruch setzte die NSDAP rasch auch bei der Jugendarbeit durch: Vom Sport bis zur Jugendsozialarbeit, vom Musischen bis zur Jugendgerichtsbarkeit wurde alles auf die NS-Ideologie hin ausgerichtet.

Körperliche Ertüchtigung, vormilitärische Wehr- und Ordnungsübungen waren neben der weltanschaulichen Schulung der eigentliche Dienstinhalt der HJ- und DJ-Arbeit: „Die gesamte Erziehungsarbeit des völkischen Staates muss ihre Krönung darin finden, dass sie den Rassesinn und das Rassegefühl instinkt- und verstandesgemäß in Herz und Gehirn der ihr anvertrauten Jugend hineinbaut. Der völkische Staat hat in dieser Erkenntnis seine gesamte Erziehungsarbeit nicht auf das Einpumpen bloßen Wissens einzustellen, sondern auf das Heranzüchten kerngesunder Körper. Erst in zweiter Linie kommt dann die Ausbildung geistiger Fähigkeiten“. Dem gemäß lauteten die Parolen: „Dein Körper gehört der Nation“ und „Du hast die Pflicht, gesund zu sein“.

Wieso konnte er in dieser Zeitspanne auf eine gläubige Gefolgschaft und Zustimmungsbereitschaft einer großen Mehrheit der Deutschen setzen, obwohl er einen Völkermord und einen Krieg anstiftete und damit einen der größten Zivilisationsbrüche der Neuzeit verursachte.

Wie konnte er mit einer Massenbewegung einen hoch entwickelten und modernen Industriestaat mit einer großen kulturellen Tradition unter seine diktatorische Gewalt bringen?

„Inwieweit ist das Thema heute noch relevant?“

Aktuelle Vorkommnisse belegen stets aufs Neue, dass auch auf Teile unserer heutigen Gesellschaft extremistische Ideologien und Protagonisten nach wie vor Attraktivität ausüben. Zudem ist immer wieder zu beobachten, wie in Krisenzeiten latente Vorurteile gegen Minderheiten von Demagogen benutzt werden, um dem Volkszorn „Sündenböcke“ zu präsentieren.

Daher gilt es, in der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus beispielhaft die Mechanismen aufzuzeigen, die dazu führen können, dass Gesellschaften in die Barbarei abstürzen. Wie Bundespräsident Joachim Gauck betont, müssen wir jederzeit das „Unvorstellbare einkalkulieren“, denn „Humanität ist nie im sicheren Hafen. Sie zerfällt oder wird beschädigt, wenn Ratio und Moral gegeneinander stehen. Unsere Zivilisation ist nicht Geschichte im Endstadium, sondern vorübergehend gesicherte Existenzform.“ (Christine Hesse)

Die Heimabende dienten der weltanschaulichen Schulung. Die jeweiligen Themen und ihre Behandlung wurden zentral durch Schulungsmappen festgelegt, die alle 74 Tage für die Heimabende herausgegeben wurden. Daneben gab es den „Reichszentralen Heimabend“ über Rundfunk in der „Stunde der Nation“. Für besondere Vorträge standen „Reichsredner der HJ“ zur Verfügung. Sie wurden von der Reichsjugendführung zentral eingesetzt.

Jede Auszeichnung war mit einer Prüfung in weltanschaulicher Schulung verbunden. Folgende Fragen mussten beim Erwerb des Pimpfen - Leistungsabzeichens beantwortet werden:

„Der Lebenslauf A. Hitlers – Geschichte der NSDAP und der HJ – Deutschtum im Ausland - Was bedeutet Versailles? Welche nationalen Feiertage gibt es?“

Beim HJ-Leistungsabzeichen kamen noch folgende Fragen hinzu: „Die bedeutendsten Gestalten der nordischen Heldensagen - Was war die Ursache des 1. Weltkriegszusammenbruchs? Welche Maßnahmen hat der NS-Staat mit der Reinerhaltung des deutschen Blutes getroffen?“

Jugendzeitschriften, Rundfunk und Film wurden bald in den Dienst der NS-Ideologie für die Jugend genommen. Als wichtigste Zeitschriften erschienen: „Der Pimpf“, „Die Hitlerjugend“, die „Junge Welt“, „Das Deutsche Mädel“.

Als Grundlage für die o.g. Textzusammenstellung wurde folgende Publikation benutzt: Von der Republik zur Diktatur, Jugend unter Hitler, Lehrerinformationen, Begleitmaterial zur Sendereihe des Hessischen Rundfunks, hrsg. v. Hessisches Kultusministerium, Wiesbaden 1990.



Gerd Arntz: „Das Dritte Reich“